

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mt.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 50 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 258.

Sonnabend, den 2. November 1918.

25. Jahrg.

Was wird der Kaiser tun?

Unter dieser Ueberschrift schreibt der „Vorwärts“:

Similos wäre es, in Zeitungspalten von einer Angelegenheit zu schweigen, von der Markt und Gassen voll sind. Vor ein paar Tagen war überall das Gerücht verbreitet, der Kaiser und der Kronprinz hätten auf den Thron verzichtet. Als dieses Gerücht sich nicht bestätigte, wurde allgemein angenommen, es eile nur den Tatsachen voraus. Seitdem kann keine Redaktion, keine als irgendwie unterrichtet geltende Persönlichkeit sich mehr vor den Anfragen retten, in denen immer die Worte wiederkehren: „Schon?“ und „Wann?“

Man kann von einer stillen Bewegung reden, die durch alle Kreise des deutschen Volkes geht. Wer hier meint, noch mit den alten Gegenständen Ordnung und Umsturz, Monarchie und Republik operieren zu können, urteilt falsch. Es gibt in dieser Frage im Volk kaum bedeutende Meinungsverschiedenheiten, und wenn sie vorhanden sind, so gruppieren sie sich keinesfalls nach dem Schema der verschiedenen Parteirichtungen.

Der Kaiser hat im Reich viele politische Gegner, und in den letzten Jahren ist die Gegnerschaft von rechts besonders stark hervorgetreten. Der Wunsch der Rechten ging, genau so wie der der sozialdemokratischen Linken, nach einer einheitlich festen Politik, nur daß man sich den Inhalt dieser Politik drüber natürlich ganz anders vorstellte als bei uns. Dort ist man der Meinung, daß der Kaiser nicht militärisch, nicht preußisch, nicht alldeutsch genug gewesen sei und daß er demokratischen Forderungen nicht genügend festen Widerstand geleistet hätte. Die Alldeutschen sehen sich enttäuscht, die Konservativen fühlen sich verlassen, die Stimmung ist erbittert. Um erregtem Widerspruch zu begegnen, fügen wir sofort hinzu, daß in jenen Kreisen die monarchische Gesinnung und das Treuegefühl keineswegs geschwunden sind, nur den Monarchen hätte man sich dort anders gewünscht.

Will man das bestreiten?

Mit uns Sozialdemokraten steht es ganz anders. Wir sind, wie jedermann weiß, grundsätzliche Gegner aller ererbten Vorrechte und sind seit je für ihre energische Zurückdrängung eingetreten. Leider hat man uns kein Gehör geschenkt. Man stellte sich einmal vor, die Verfassungsreformen, die jetzt eingeführt werden und die wir schon seit 30 Jahren fordernden, wären schon vor 10 oder 20 Jahren zur Durchführung gelangt. Dann wären wir entweder überhaupt nicht in den Krieg geraten oder eine Volksregierung hätte die auswärtige Politik vor dem Kriege so verantworten gehabt, eine Volksregierung wäre für die ganze Kriegspolitik und die ganze Kriegführung verantwortlich gewesen. Im Falle eines unglücklichen Ausganges hätte niemand anders angeklagt werden können als diese nach dem Willen des Volkes gebildete Regierung. Der Kaiser wäre gänzlich außerhalb der Debatte geblieben.

Wir Sozialdemokraten waren also, ohne es zu wissen und, offen gesagt, ohne es zu wollen, die besten Ratgeber Wilhelms II. Wieviel wäre ihm erspart geblieben, wenn man unseren Vorschläge gefolgt wäre! Umgekehrt, die Herolde der „starken Monarchie“, die Gegner eines bloßen „Schattenkaiseriums“, haben ihrem König nicht gehoffen, sie würden ihm Unglück und Verderben.

Es ist schon ausgesprochen, daß die Sozialdemokraten dem Kaiser ihre guten Ratschläge keineswegs in der Absicht gegeben hatten, ihm zu helfen. Dean zwischen ihnen und ihm bestand schärfste, persönlich erbitterte Gegnerschaft. Im Gegensatz zu allen anderen Monarchen hielt es Wilhelm II. lange Jahre hindurch für seine Aufgabe, sich an die Spitze des Kampfes gegen die Sozialdemokratie zu stellen. Und da die Dinge damals so zu stehen schienen, als ob alle Macht auf der einen Seite, der des Kaisers, alle Ohnmacht aber auf der anderen, jener der Sozialdemokratie, stünde, mußte dieser Kampf äußerst erbitternd wirken. Der Kaiser hat später seinen Fehler erkannt und ihn zu verbessern versucht. Aber es wäre unaufrichtig, zu behaupten, daß es ihm gelungen sei, die Spuren des alten Grolls aus den Arbeitermassen zu tilgen. Nur die Ironiker, die die Sache nie tragisch genommen haben, vermögen über sie hinwegzusehen. Die anderen, die sie ernst, allzu ernst genommen hatten, kommen auch heute noch nicht über sie hinweg.

Wenn dem Bestreben geleitet, selber ganz objektiv und leidenschaftslos zu urteilen, können wir doch auch noch eine weitere Bemerkung nicht unterdrücken. Sieht man von parteipolitischen Kämpfen ganz ab, so wird man doch finden, daß zwischen Wilhelm II. und breiten Massen des Volkes niemals ein richtiges Verstehen geherrscht hat. Chlodwig Hohenlohe sagte einmal, es gebe drei Menschentypen: Schwarze, Weiße und Füßten. In diesem Sinn erwählten Wilhelm II. immer als die Ausprägung einer Besonderheit, und es blieb keine andere Wahl, man mußte ihn entweder für etwas anderes als einen gewöhnlichen Sterblichen, für unendlich mehr halten, oder man mußte bei dem Gedanken erschrecken, daß dieser Mann, den man als Menschen sah, eine solche Fülle der Gewalt in seinen Händen vereinigen durfte, und daß kommandos Unheil voraus.

Für Vernunftmonarchie war da kein Raum, nur für Glaubensmonarchie. Wilhelm II. war selbst ein Glaubensmonarch und forderte Glauben an sich und an die Institution, die er vertrat, von seinen Untertanen. Doch ist es ihm nicht gelungen, befehlend zu wirken, der monarchische Gedanke hat in den letzten dreißig Jahren nicht gewonnen, desto mehr gelitten, und auch ohne diesen unglücklichen Krieg stände Wilhelm II. vor einer gescheiterten Mission.

Nun dieser Krieg! Der Kaiser hat ihn nicht gewollt, er hat aber auch durchaus nicht die richtigen Mittel gefunden, ihn zu verhindern. Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers, seines persönlichen Freundes, gab seinem Verhalten eine unheilvolle Richtung. Für seine Weltanschauung mußte Fürstenmord mehr sein als gewöhnlicher Menschenmord. Wir anderen bedauern den gewaltigen Tod eines Gefürchten genau so wie den eines armen Landbriefträgers, der auf der Straße überfallen worden ist. Aber noch nie ist aus der Ermordung eines Landbriefträgers ein Weltkrieg entstanden.

Als dann der Krieg kam, hat sich der Kaiser in dankenswerter Weise jedes Eingriffs in die militärische Leitung enthalten, leider nicht ebenso jedes Eingriffs in das Gebiet der Politik. Dabei hat sich wiederholt gezeigt, daß er in seinem Optimismus die wirkliche Sachlage verkannte und schlecht gewählte Parolen herausgab, wie z. B. die desewigen Gegenjahres zwischen deutscher und englischer Weltanschauung. Man erinnert sich, daß der Kaiser der Sohn einer englischen Mutter ist (was ihn in unsern Augen nicht um Millimeterbreite herabsetzt), daß es sich vor Jahren gerührt hat, Englands fast einziger Freund in Deutschland gewesen zu sein und seiner Großmutter im Kampfe gegen die Burenrepubliken stille Hilfe geleistet zu haben.

Ja, wir feiern ein dunkles Jubiläum. Auf den Tag genau sind es zehn Jahre her, seit der „Daily Telegraph“ sein unheilvolles Interview mit dem Kaiser veröffentlichte und der Novembersturm begann. Zwei Wochen wilder Erregung der Presse. Am 10. November Reichstags-Sitzung. Baffermann: „Das gesamte Ausland spricht von einer Zweipartigkeit der deutschen Politik. Die einmütige Meinung des Inlands hallt wider in der ganzen Presse, in Tausenden von Zuschriften. Sie alle wenden sich gegen das persönliche Regiment. Die Konjunktur für Majestätsbeleidigungen ist so günstig, daß eine Beschlagnahme ihrer aller wegen der Masse nicht möglich ist. . . . So geht es nicht weiter!“ Wiemer: „Die komplizierte Staatsmaschinerie verträgt keine ungeschickten Eingriffe. Napoleon I. hat einmal gesagt: Ich brauche mehr Kopf und weniger Zunge.“ (Sehr richtig! links.) Singer: „Wie kommen wir aus dieser Politik der Konfusion heraus? Wir geben nichts auf Worte, sondern wir wollen Taten sehen. Wir wollen gezielte Maßnahmen, die das deutsche Volk vor einer Wiederholung solcher Vorgänge schützen, dazu ist eine Verfassungsänderung notwendig, die der Volksvertretung die Entscheidung über Krieg und Frieden gibt. In letzter Linie sind es doch die am Horizont auftauchenden Kriege, deren Gefahr erhöht wird, wenn diese unverantwortliche Politik weitergeführt wird. . . . Weiter müssen wir verlangen, um den Einfluß der Volksvertretung auf die auswärtige Politik zu sichern, daß der Reichstag selbst bei der Ernennung der Minister mitzuwirken berufen ist. In England und Frankreich kennt man keine Minister, die nicht das Vertrauen des Parlaments besitzen, sie werden dort aus der Mehrheit selbst genommen. Diesen Zustand in irgendeiner Form auch in Deutschland herbeizuführen, muß die Aufgabe des Reichstags sein. . . . Wenn Sie das tun, wird es an unserer Mitarbeit nicht fehlen.“ — v. Seydewitz meint ironisch, er hätte doch gleich die Beseitigung der Monarchie fordern sollen, sagt aber dann: „Die Erregung ist auch in konservativen Kreisen gewaltig. . . . Ich spreche es offen aus, daß es sich für uns nicht nur um die letzte Veröffentlichung handelt, sondern um eine Summe von Sorgen, Bedenken und Unruhe, die sich im Lauf der Jahre aufgespeichert hat.“ (Sehr wahr! rechts.)

Das war vor zehn Jahren, und auf diese Dokumente gestützt, erheben wir Anklage. Nicht gegen den Kaiser, der so war, wie er durch Geburt und Erziehung geworden ist, sondern gegen das deutsche Bürgertum. Wir hatten ihm unsere Hilfe angeboten, um Zustände zu beseitigen, deren unheilvolle Folgen der Mund unseres verstorbenen Führers prophezeite. Es hat sie abgelehnt, es geschah nichts. Und dann kam das Schicksal.

Zehn Jahre sind vergangen, schwere Wolken stehen über Schloss Bellevue, in dem ein Mensch um den Entschluß des Handelns ringt. Wir Sozialdemokraten waren jetzt vor zehn Jahren nahe daran, ohne es zu wissen und zu wollen, sogar auch ihm zu helfen. Man hat uns nicht verstanden, ja, wir haben selber nicht ganz verstanden, um was es ging, hätten wir sonst nicht zu Mitteln der Verzweiflung greifen müssen! Nun ist's vorbei und geschehen, und nichts kann mehr das Raunen und Rauschen im Volk zum Schweigen bringen: „Was wird der Kaiser tun? — Wann wird er es tun?“

Oesterreich — und wir?

Eine innerdeutsche Angelegenheit, — keine „auswärtige Politik“, das sind die Ereignisse in Oesterreich für uns. Trotz aller politischen Verknüpfung ist das geistige Band zwischen uns und den Deutsch-Oesterreichern immer stark gewesen; seit den Märztagen des Sturmjahres 1848 bis zum Januarstreik 1918 bildete das, was gestern in Wien spielte, mehr als einmal den Auftakt zu den großen Ereignissen, die morgen Berlin und ganz Deutschland erschütterten.

In Oesterreich jubelt das Volk — trotz Niederlage und Verfall des Staates — auf der Straße. Man fühlt, daß ein drückender Alp gewichen ist, der bisher das politische Leben niedergehalten hat. Aus Millionen Kehlen von Deutsch-Oesterreichern erklingt der Ruf: Es lebe die deutsche Republik! Kaiser Karl, der letzte Habsburger, regiert „unbekannt wo“, seine Minister Lammasch und Andrássy ertlassen Rundgebungen wie auf dem Theater Generale Befehle an ein Heer geben, das nur die Phantasie gläubiger Zuschauer hinter den Kulissen vermutet.

Uns Reichsdeutschen fehlt eins der schärften Momente, das in Oesterreich der Bewegung den großen Schwung verleiht. Wir haben nicht wie die habsburgische Monarchie durch Menschenalter unter dem seelenerstickenden unfruchtbaren Kampf eines unabhängigen Nationalitätshabers gelitten, wir können daher nicht, was auch immer geschieht, den Beginn eines neuen nationalen Lebens feiern. Vielmehr ist unser Temperament auch von Natur ruhiger als das vieler anderer Völker. Wir sprengen keine Zwingsburgen in die Luft, sondern tragen sie fein jorgfältig ab, wobei genau darauf geachtet wird, daß der Bogen vor dem Pfeiler sinkt, damit niemandem ein Stein auf den Kopf falle.

Aber trotzdem sieht das eine wohl jeder ein: die österreichischen Ereignisse können nicht ohne tiefe Rückwirkung auf unser gesamtes inneres Verfassungsleben bleiben. Die Tatsache, daß an unserer Südgrenze eine Republik von mehr als 10 Millionen Deutschen besteht, muß und wird auf Reichsdeutschland herüberwirken. Die Kaiserfrage ist nicht nur ins Rollen gekommen — das war sie schon längst —, sondern sie ist so brennend geworden, daß sich ihr Schicksal in der aller kürzesten Frist entscheiden muß. Es zeigt sich, daß wie immer die, die die Lösung ungelöster Fragen verschieben, letzten Endes auf die radikalste Lösung hinarbeiten. Konnte dem und jenem die Kaiserfrage vor vierzehn Tagen noch als eine Personenfrage erscheinen, so ist sie heute schon eine Frage der Dynastie und wird morgen die eines Systems sein. Jeder Tag, der vergeht, zwingt dazu, die Lösung gründlicher und umfangreicher zu gestalten. Daran sollten sich namentlich die erinnern, die noch immer dem Monarchen den Rat erteilen, zu bleiben und wie die „Deutsche Zeitung“ darüber jubeln, daß er sich durch die Reise ins Hauptquartier den „erschenden Berliner Einflüssen“ entzogen habe.

Das deutsche Volk bewahrt noch immer eine große Ruhe. Dazu hat sicherlich die schnelle und entschlossene Durchführung wichtiger verfassungsrechtlicher Reformen durch die parlamentarische Volksregierung wesentlich beigetragen. Aber diese Ruhe kann jeden Tag in ihr Gegenteil umschlagen, wenn das Gefühl entsteht, daß durch die Verschiebung der letzten wichtigsten Reformen widerbringlicher Schaden nach innen und außen angetrieben wird. Wenn man die Ereignisse in Oesterreich und Deutschland miteinander vergleicht, so erkennt man sofort den Unterschied: es fehlt bei uns das, was den Umschwung der Dinge auch dem Höchsten Auge sichtbar macht, es fehlt das große Symbol! Es ist ein Irrglaube, der da meint, die Person des Kaisers als Symbol der Reichseinheit nötig zu haben. Das Gefühl für die Notwendigkeit der Einheit ist viel tiefer in den Massen verankert, als diese Zweifler glauben, und die absolute demokratische Freiheit wird sich als ein viel stärkerer Kitt erweisen als eine Dynastie. Um die Reichseinheit ist uns nicht bange, aus Deutsch-Oesterreich her erhält der Gedanke neue kräftige Nahrung.

Nichts ist heute die Hohenzollern-Dynastie als das Symbol des Systems, von dem wir uns befreien mußten und befreit haben, mit der Sache hat es zu verschwinden. Noch hat es der Monarch in der Hand, sich einen Abgang zu sichern, der Verbitterung und Mißachtung ausschließt. Aber die Minuten sind hier kostbar — für das Volk wie für ihn.

Die Revolution in Ungarn.

Der Nationalrat hat in der Nacht des 31. Oktober die Regierungsgewalt übernommen, nachdem sich die Budapest Garnison und schließlich auch die bosnischen Truppen für den Nationalrat erklärten. Der bisherige Oberstadthauptmann in Budapest wurde abgesetzt. In der Hauptstadt herrscht reger Jubel.

Die sozialdemokratische Partei veröffentlichte folgende Proklamation: „Die Revolution ist ausgebrochen. Arbeiter und Genossenschaftsgenossen, der Egoismus der Klassenherrschaft hat mit unermesslicher Schicksalsfüge das Land in die Revolution getrieben, das Militär hat sich Mittwoch nachts dem Nationalrat angeschlossen und hat ohne Blutvergießen die Hauptstadt besetzt, von der Telephonzentral und dem Blaskommando Befehl ergriffen und dem Nationalrat wichtige Dienste geleistet. Arbeiter und Genossenschaftsgenossen, noch hegt die Gegenrevolution Hoffnungen und beachtlich, die Macht an sich zu reißen. Ihr müßt zeigen, daß ihr einig seid mit euren Führern. Auf die Straße! Stellt die Arbeit ein! Tatsächlich ist auch die Arbeit vollständig eingestellt. Selbst der Verkehr der elektrischen Straßenbahn stockt. Die

Strasen durchgehen große Menschenmengen... Arbeiterabteilungen, die die nationale Fahne voranzogen...

Der ungarische Nationalrat erließ folgende Proklamation an das Volk Ungarns: „Das Volk Ungarns, seine Soldaten, seine Arbeiterschaft und seine Bürger haben die Gewalt Ungarns in die Hand genommen.“

Der Anstoß der Militärselbstregierung an den Nationalrat ist vollzogen. Im Laufe der Nacht drang Militär und Volk in das Militärgeschäft und befreite sämtliche Verhaftete.

Das neue ungarische Kabinett.

Budapest, 31. Oktober. (Meldung des k. k. Telegr.-Korrespondenzbüros.) Wie die Blätter melden, ist das neue Ministerium folgendermaßen gebildet worden: Ministerpräsident Graf Michael Karolyi...

Die Lage in Deutsch-Oesterreich.

Der deutsch-oesterreichische Staatsrat erläßt folgende Mitteilungen: Der Nationalrat hat in seiner heutigen Nachmittags-Sitzung eingehend über die Bildung der nationalen Armee Deutsch-Oesterreichs beraten.

Die Nationalversammlung, bestehend aus allen Abgeordneten Deutsch-Oesterreichs, hat heute die Regierung übernommen. Sie will sofort Frieden schließen. Sie will Euch und eure Lieben schützen.

Wald und Mannesgut... die Ordnungsmäßige Demobilisierung wird unverzüglich in Angriff genommen werden.

An die Soldaten der Wiener Garnison wurde ein gleichlautender Aufruf gerichtet, dem noch folgendes hinzugefügt ist: Im Laufe des morgigen Tages werden Abgesandte des Staatsrats zu Euch in die Kaserne kommen...

Am Sonntag, dem 3. November, werden in allen Kasernen Wiens im Beisein von Abgeordneten des Staatsrats in freier und geheimer Wahl aus ihrer Mitte Solbateräte gebildet werden.

Der Wahlmodus soll derart sein, daß jedes Regiment, jedes Bataillon, jede Anstalt und jeder Truppenkörper für sein Offizierskorps je zwei Mann in diese Körperschaften entsenden wird.

Der Staatsrat hat als Staatsfarbe für Deutsch-Oesterreich die alte Badenberger-Farbe „rot-weiß-rot“ angenommen.

Donnerstag hat sich 10,15 Uhr abends im Sitzungslokal des Staatsrats der provisorische Soldaten-Zentralausschuß konstituiert.

Nach den Blättern sind aus der Militärtrafankalt Moellersdorf, Bezirk Wiener Neustadt, am 31. Oktober 200 Militärsträflinge entkommen und auf Guntramsdorf zu entflohen.

In der nächsten Sitzung der deutsch-oesterreichischen Nationalversammlung wird der Antrag gestellt werden, den Grafen Andrassy als lästigen Ausländer auszuweisen.

Der Parteitag der deutsch-oesterreichischen Sozialdemokratie.

Wien, 1. November. Heute fand ein Parteitag der deutsch-oesterreichischen Arbeiterpartei in Oesterreich statt. Es nahmen ungefähr 200 Delegierte teil. Diejenigen Abgeordneten, die Mitglieder des Staatsrats sind, waren durch eine Sitzung dieser Körperschaft verhindert.

Nach Wahl des Vorsitzenden werden als einzige Punkte der Tagesordnung angelegt: Die letzten politischen Ereignisse, Wieder-aufbau der Parteioorganisation. Nach Genehmigung des Berichts der Parteikontrolle hielt in Vertretung des verhinderten Dr. Viktor Adler Dr. Otto Bauer eine Ansprache...

Was der Krieg bringt.

Der deutsche Abendbericht.

Wien, 1. November, abends. (Mittl.) In der Ostfront würde keine weitere Bewegung im Angriffen durch die Russen auf die Schelde anzugehen. Sibirisch-Balencianes lassen englische Angriffe an erfolgreichen Gegenangriffen zum Stehen.

Gewaltiges Ringen an der Wisse-Front und zwischen Krasnograd und Maas. Die Angriffe der Franzosen auf den Wisse-Höfen nordwestlich Chateau-Barcien sind heftiger als bisher. Die Angriffe der Amerikaner werden in Linie Champagneulle-Bazouville-Sincreville aufgefangen.

Festlicher Fliegerangriff auf Wiesbaden.

Nach einer Meldung des Wolff-Bureaus erschienen in der Nacht vom 28. zum 29. Oktober zwei feindliche Flieger über Wiesbaden und warfen planlos Bomben mitten in die Stadt. Dabei wurden die Franzosen ganz genau, daß der bekannte Kurort, wo Tausende von Verwundeten und Kranken Genesung suchen, überhaupt keine wichtigen Werke und Anlagen beherbergt.

Die Frage einer internationalen Konferenz.

Dem Parteivorstand ist über Abhaltung einer internationalen sozialistischen Arbeiterkonferenz zurzeit noch nichts bekannt. Er wäre selbstverständlich, wie stets seit Kriegsausbruch, bereit, daran teilzunehmen, hat aber noch keine Einladung erhalten.

Die Tätigkeit der Tschechen.

In den tschechischen Städten Böhmens und Mährens einmündet der tschechische Nationalausschuß mit Hilfe tschechischer Soldaten das deutsch-oesterreichische und ungarische Militär, das dort garnisoniert und von den Ereignissen vollständig überrascht wurde.

Die Waffenstillstandsvereinbarung mit der Türkei.

Holländisch Neumsbüreau meldet aus London: Im Unterhaus teilte Sir Georg Cave im Auftrag der englischen Regierung mit, daß der Waffenstillstand mit der Türkei Mittwoch abend in Mudros durch den Vizeadmiral Calthorp für die Verbündeten vereinbart wurde.

Der Rückmarsch aus Italien.

Wien, 1. November. (Mittl.) In Venetien wird die Räumungsbewegung fortgesetzt. Im Südbahnen haben unsere Hauptkräfte das nördliche Doraunser erreicht.

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

41. Fortsetzung. Aber Granich war nicht unglücklich und auch kein Esop, der nur an sich dachte, sondern er fragte: „Sie sind selber ein Fremder?“ „Ja, ich war lange in der Fremde?“

wäre und jeden Winkel dort kenne, wie daheim die vier Wände seines Hauses. „Angebracht...“ wiederholte Behrens für sich und verlor in ein Grubeln. „Aber er fragte dich gleich, warum über die Stirn und lächelte schon wieder, denn das waren Dinge, denen er genug nachgedacht hatte.“

starrte auf den Boden. Als ob es gar nichts Wirkliches wäre, was ich da erlebte, dachte er. Zwölf Jahre schon ist er tot. Und zwölf Jahre habe ich gebraucht, um zum Leben zu kommen, um wahrhaftigen Leben. „Und dann ging er die wundervollen, breiten Wege des Friedhofes, der ein einziger großer Park war, die rechte Stätte für die, die ruhen.“

Die italienische Flotte in Fiume eingelaufen.
Die Blätter melden aus Fiume: Die italienische Flotte ist Mittwochabend aus Triest in die Fiumer Häfen eingelaufen. Die Flotte ist Mittwochabend aus Triest in die Fiumer Häfen eingelaufen. Die Flotte ist Mittwochabend aus Triest in die Fiumer Häfen eingelaufen.

Der amtliche Kriegsbericht.

Reichstag und Regierung

sind einig in dem festen Willen, den Kriegsleihe-Zeichnern gegenüber des Reiches Ehrenpflicht zu erfüllen, jede Verkürzung ihrer Rechte abzuwehren und ihnen, so weit es angeht, Erleichterungen und Vergünstigungen zu gewähren. Darum zeichnet die Kriegsleihe

Ein österreichisches Schlagschiff durch Italiener versenkt.
Die österreichisch-ungarische Marineleitung teilt mit: Auf bisher nicht aufgeklärte Weise drangen gestern morgen nach Ubergabe der Flotte an den südlavischen Nationalrat mehrere italienische Marineoffiziere in den Hafen von Pola ein und legten eine Mine an das Schlagschiff "Viribus unitis" und brachten es zum Sinken. Soldat und Mannschaft sind größtenteils gerettet.

Die Stimmung in den Kreisen der französischen Sozialisten.
Aus Paris wird gemeldet: Die Stimmung in den Kreisen der französischen Sozialisten wird immer freundschaftlicher, aber die Regierung unterdrückt so viel als möglich die Verbreitung und Bekanntheit dieser Tatsachen. Luffschon erregte, daß die Zensur Herze in seinem Blatte "Victoire" gestattete zu drucken: Die Franzosen haben nicht die Absicht, auch nur einen Fuß deutschen Bodens zu erobern. Die Clemenceau-Parteien verdammen diese Worte als "ungeheuerliche Indistinktion."

Er mag nicht.
Nach einer Kopenhagener Meldung erklärte Prinz Karl von Hessen der finnischen Abordnung, die ihm die Mitteilung der Wahl zum Könige von Finnland überbrachte, daß er unter den jetzigen politischen Umständen vorläufig auf eine Ausnahme der Wahl verzichten müsse. Finnland wird, bis weitere Entscheidungen gefaßt sind, durch einen Reichsverweser verwaltet werden.

Rußland zahlt nicht mehr.
Während die ersten beiden Teilbeträge an Gold und Rubelnoten aus der russischen Kaufmannschaft pünktlich an den vertraglichen Terminen eingetroffen sind, liegen, wie die "Frankfurter Zeitung" gemeldet wird, bis jetzt zuverlässige Nachrichten über eine Abwendung der gestern fällig gewordenen dritten Rate nicht vor, jedoch auch von deutscher Seite zur Empfangnahme des Geldes in Orlöpa keine Anstalten getroffen worden sind.

Wilson's Programm. — Gegenläge zwischen Wilson und den Alliierten.
Die "Morning Post" meldet aus New York: Eine Botschaft Wilsons an den Senat begründet die Notwendigkeit der Herstellung gerechter Beziehungen zwischen den Völkern durch die Annahme eines Friedens ohne irgendwelche Annexion und Entschädigung. Die Züricher Morgenzeitungen behaupten, daß große Schwierigkeiten und Gegenläge zwischen den Alliierten und Wilson bestünden.

Revolution in China.
In dem in Westturkestan in Zentralasien gelegenen russischen Basenstaat gärt es auch. Die "Pravda" meldet aus Taschkent: Der Chan von China und seine Anhänger sind ermordet worden. Der Bruder des Ermordeten ist zum Chan ausgerufen worden.

Die amerikanischen Republikaner.
Roosevelt und Taft an der Spitze, fordern in einem Aufruf die bedingungslose Übergabe Deutschlands und kritisieren die 14 Punkte Wilsons. Es ist nur gut, daß diese Herrschaften nicht die Entscheidung zu fällen haben.

Aus Südbar und den Nachbargebieten.
Sonntag, 2. November.
Der Sozialdemokratische Verein hält am kommenden Mittwoch im Gewerkschaftshaus seine Mitgliederversammlung ab. Zu derselben wird Genosse Bromme über das aktuelle Thema "Zwischen Krieg und Frieden" und Genosse Stellung über die wichtige Frage der Lübecker Wahlreform sprechen.

Vom Leid der Mütter.
Zu den wahrhaft Kriegsbeschädigten dieser Zeit verzehe man nicht die Mütter zu zählen. Ihnen fehlt so gut wie dem Einheimigen, dem Einarmigen, Fleisch von ihrem Fleisch und Blut von ihrem Blut. Viele mühen sich, ihre Opfer hinter einem Lächeln zu verbergen, ganz starke Mütter, verehrungswürdige. Andere wieder tragen ihren Gram in einem erharteten Jammer durch das Leben; diese Frauen sind wie Bäume, denen man die Rinde abgehauen hat: kahl und trostlos starren sie zum Himmel, den sie nicht vorziehen.

Nie wohl mögen Frauen den Segen reicher Mutterchaft so innig dankbar empfunden haben wie in dieser Zeit, die das Menschengeschlecht verflochten, als wäre es Kampf. Aber wehe den Müttern, die mit ihrem einzigen alles verlieren.

Unfassbar ist die Tragik der Mütter, die aufgehört haben, Mütter zu sein; diese Gelübde, deren Mutterchaft ausgenommen ist wie der rote Lebensquell eines Verblutenden. Ob die Mütter, die geopfert haben, weil sie opfern mußten, wissen, wofür ihr Herzblut mit dem Blute des Sohnes auf dem Schlachtfeld dahinstößt? Es hiesse das Mysterium der Mutterchaft schmählich verfluchen, wollte man einfach annehmen, daß eine Mutter sich bei einer billigen politischen Physiologie beruhigt. Die Seele der Aufgewühlten hat keinen Raum für Melancholie.

Der Schmerz einer Mutter dringt tiefer als der mühsamen politisierenden Verstand des Mannes. Und da mag es in ihrer Seele aufsteigen: Warum ist dieser Krieg? Da mag ihr keine ganze ungeheure Unfassbarkeit aufgehen und sie ahnt vielleicht, daß der Krieg dem Weibe das Schwerste, Unerträglichste zumutet. Nichts ist ihr, der Gebäuerin, fürchterlicher, unbegreiflicher, als das große Vernichten.

Monatsprogramm der "Freien Jugend."
Sonntag, den 2. Nov.: Reigenabend im Gewerkschaftshaus.
Montag, d. 3. Nov.: Spaziergang ins Lauerholz, Abmarsch 4 Uhr Burgtorbrücke. Abends: Ernst und heitere Vorlesungen im Jugendheim.
Mittwoch, d. 6. Nov.: Funktionär-Sitzung.
Donnerstag, d. 7. Nov.: Lichtbildervortrag des Genossen Bromme. (Der Lichtbilder-Vortrag des Genossen W. Bromme über Deutsch-Ostafrika, Land und Leute, findet umständlicher nicht am Mittwoch, den 6., sondern Donnerstag, den 7. Nov. statt.)
Freitag, d. 8. Nov.: Diskussion über Schulndliteratur.
Sonntag, d. 11. Nov.: Nachmittagsvorlesung nach Gothmund, Abmarsch 2 1/2 Uhr Burgtorbrücke. Abends: Gemischte Unterhaltung im Jugendheim.
Mittwoch, d. 13. Nov.: Vortrag des Genossen Paul Franz über "Jugendhäuser".
Donnerstag, d. 14. Nov.: Wanderkommissions-Sitzung.
Freitag, d. 15. Nov.: Diskussion über Regierungsfragen.
Sonntag, d. 16. Nov.: Reigenabend im Gewerkschaftshaus.
Sonntag, d. 17. Nov.: Besichtigung des Naturhistorischen Museums von 11-1 Uhr. Treffpunkt XII Uhr Gewerkschaftshaus (Dom.) Nachmittags findet im Marmorpal ein Konzert statt. Eintrittskarten sind zu haben beim Jugendleiter Leh. Abends: Volkstheaterabend. Leiter Leh.
Mittwoch, d. 20. Nov. (Büchtag): Schnitzabend. Um 2 Uhr vom Burgtor. Abends: Allgemeine Unterhaltung im Jugendheim.
Donnerstag, d. 21. Nov.: Arbeitskommissions-Sitzung.
Freitag, d. 22. Nov.: Diskussionsabend: Betragen auf Veranstaltungen.
Sonntag, d. 24. Nov.: Morgentour nach dem Parmer Berg.
Abends: Monatsbesprechung im Jugendheim.
Mittwoch, d. 27. Nov.: Vortrag über Georg Herwegh von J. Stellung.
Freitag, d. 29. Nov. und Samstag, d. 30. Nov.: Übungen zum Stützungsfecht.
Jeden Dienstag findet außerdem ein Handarbeitsabend nur für Mädchen statt.

Mehr Licht!
Die Beleuchtungsfrage ist für den großen Teil der Lübecker Einwohner, der weder über Gas noch elektrische Beleuchtung verfügt, zu einer brennenden geworden. Mit dem geringen Quantum Petroleum, das auf die Petroleumlampen verabfolgt wird, ist fast gänzlich anzufangen. Auch das Carbid wird lange nicht in ausreichendem Maße verabfolgt. Dabei soll es noch garnicht einmal sicher sein, ob das Carbid für die nächste Zeit hier noch rechtzeitig eintreffen wird. Da es vor allem Arbeiter sind, in deren Wohnungen Gas und Elektrizität fehlt, so sind diese besonders übel dran. Im Dunkeln müssen sie morgens aufstehen und sich anziehen. Sie sind kaum in der Lage, ihr bischen sogenanntes Kaffee anwärmen zu können, da sie zu diesem Zwecke ja erst den Herd anheizen müssen. Und wenn sie abends von der Arbeit kommen, ist es ebenfalls bereits finster. Wie sollen sie da leben oder sich sonst betätigen, wie sollen sie da ihre kurze Nachtzeit einnehmen?! Es ist das ein geradezu unerträgliches Zustand, von dem sich nur der wirklich einen Begriff machen kann, der selbst schon einmal darunter zu leiden hatte. Deshalb sollten die in Betracht kommenden Stellen alles, aber auch alles, tun, um der Lichtnot soviel als irgend möglich zu steuern.

Die Bürgerchaft hielt gestern eine nichtöffentliche Sitzung ab.
Vorher war der Bürgervorstand zusammengetreten.
Neue Bekanntmachungen. Am 2. November 1918 ist eine Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme und Beschlagerhebung von Coca-Blättern und Cocain, erschienen, durch welche Coca-Blätter (Folia Cocae), Cocain und seine Salze als Roh-, Halbfertig- und Fertigarbeit beschlagzunehmen werden, sofern die Rohstoffe eines Eigentümers nicht weniger als 500 Gramm betragen. Gleichzeitig ist eine Bekanntmachung, betreffend Beschlagnahme und Beschlagerhebung von Pfefferminzfrucht, -tee, -blättern erschienen. Durch sie werden Pfefferminzfrucht, Pfefferminztee, Pfefferminzblätter (Fol. Mentha pip.) ganz und geschnittene beschlagzunehmen, sofern nicht die Rohstoffe eines Eigentümers weniger als 25 Kgr. betragen. Das Erden, Locken, Sorbieren und Schneiden des Krautes bleibt erlaubt. Der Wortlaut der beiden Bekanntmachungen ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

Sammlung von Altmaterialien. Wie in anderen Städten des Rotkreuzbezirks werden auch in diesem Winter auf Veranlassung des stellvertretenden Generalkommandos Altona die Schüler und Schülerinnen unserer Schulen in den häuslichen Altmaterialien verschiedener Art sammeln. Es kommen hauptsächlich in Betracht: Papier, Pappe, Flaschen, Weßblechböden, Kerze und Frauenhaar. Das Generalkommando hat es als im höchsten Grade notwendig bezeichnet, große Mengen der vorerwähnten Gegenstände zusammenzubringen. Der Ertrag der Sammlung kommt kriegswichtigen Zwecken zugute. Um die Sammlungen zu unterstützen, ist in Aussicht genommen, bestimmte Wochen des Winterhalbjahres als Sammelwochen zu verwenden. Die erste dieser Wochen findet vom Montag, dem 4. November bis Sonntag, dem 10. November statt. Wir bitten alle Haushaltungen, den sammelnden Knaben und Mädchen reichliche Mengen von dem obengenannten Altmaterial übergeben zu wollen.

Winterversorgung der Bevölkerung mit Gemüse.
Es wird erneut darauf hingewiesen, daß außer den jetzt erfolgenden Zuteilungen von Zwiebeln im Winter weitere Zuteilungen nicht zu erwarten sind und werden die Verbraucher im eigenen Interesse ermahnt, die jetzt bezogenen Zwiebeln sorgfältig durchzuwaschen und trocken zu lagern, damit sie bis zur nächsten Ernte mit den Zwiebeln reichen. Die jetzigen großen Zufuhren in Weichholz sollten ebenfalls ausgenutzt werden und in allen Haushaltungen Sauerkraut eingeschnitten oder Kohl geodert werden, wozu der weiche Herbst Kohl sich am besten eignet. Große feine Köpfe können schon jetzt für den Bedarf der nächsten Wochen eingelagert werden. Es ist unwahrscheinlich, daß in den späteren Monaten besonders nach Weihnachten größere Mengen von Gemüse angefordert werden, und ist es deshalb auch wünschenswert, daß jeder Verbraucher für die Wintermonate durch ausreichende Versorgung sich sichert.

Die Ernährungsfrage. Auf den Ernährungsfrage, der morgen stattfinden, sei nochmals hingewiesen. Auch in den Lübecker Hamsterpreidigen sind wieder verschiedene neue humoristische Sachen aufgenommen.

Die Ernährungsfrage. Auf den Ernährungsfrage, der morgen stattfinden, sei nochmals hingewiesen. Auch in den Lübecker Hamsterpreidigen sind wieder verschiedene neue humoristische Sachen aufgenommen.

Die Ernährungsfrage. Auf den Ernährungsfrage, der morgen stattfinden, sei nochmals hingewiesen. Auch in den Lübecker Hamsterpreidigen sind wieder verschiedene neue humoristische Sachen aufgenommen.

Die Ernährungsfrage. Auf den Ernährungsfrage, der morgen stattfinden, sei nochmals hingewiesen. Auch in den Lübecker Hamsterpreidigen sind wieder verschiedene neue humoristische Sachen aufgenommen.

Die Ernährungsfrage. Auf den Ernährungsfrage, der morgen stattfinden, sei nochmals hingewiesen. Auch in den Lübecker Hamsterpreidigen sind wieder verschiedene neue humoristische Sachen aufgenommen.

Die Ernährungsfrage. Auf den Ernährungsfrage, der morgen stattfinden, sei nochmals hingewiesen. Auch in den Lübecker Hamsterpreidigen sind wieder verschiedene neue humoristische Sachen aufgenommen.

Die Ernährungsfrage. Auf den Ernährungsfrage, der morgen stattfinden, sei nochmals hingewiesen. Auch in den Lübecker Hamsterpreidigen sind wieder verschiedene neue humoristische Sachen aufgenommen.

Die Ernährungsfrage. Auf den Ernährungsfrage, der morgen stattfinden, sei nochmals hingewiesen. Auch in den Lübecker Hamsterpreidigen sind wieder verschiedene neue humoristische Sachen aufgenommen.

Die Ernährungsfrage. Auf den Ernährungsfrage, der morgen stattfinden, sei nochmals hingewiesen. Auch in den Lübecker Hamsterpreidigen sind wieder verschiedene neue humoristische Sachen aufgenommen.

Neueste Nachrichten.

Kampf gegen den Bolschewismus.
Berlin, 2. November. Wie der "Vorwärts" hört, hat die Moskauer Regierung Mittelungen aus Kiew erhalten, aus denen sich folgendes ergibt: Die sogenannte Krasnowsche Regierung hat in Vereinbarung mit der sogenannten Kubanischen Regierung vor einiger Zeit geheime Verhandlungen mit Vertretern der Entente-Mächte eröffnet. Im Laufe dieser Verhandlungen teilte der englische Gesandte mit, daß er in Uebereinstimmung mit einem von den Entente-Mächten ausgearbeiteten Plane aus sämtlichen Regierungen der Welt, die auf Gerechtigkeit und Ordnung basieren, eine enge Koalition zum Kampfe gegen den Bolschewismus bilden wolle, und daß das Bestreben aller Mächte darauf gerichtet sein solle, die Gewalt der Bolschewisten in Zentralrußland niederzuwerfen und ein einziges Rußland wieder herzustellen, in dem allgemeine Ordnung herrschen soll.

Auf Vorschlag des englischen Gesandten verfaßte Krasnow ein an die deutsche Regierung gerichtete Denkschrift mit einer Mitteilung darüber, daß auf Vorschlag Englands, Frankreichs und Amerikas sämtliche Regierungen sich zum Kampfe gegen das Sowjet-Rußland vereinigen sollen, und daß auf dem allgemeinen Friedenskongreß das wiederhergestellte einzige Rußland vertreten sein soll, das sich von dem Bolschewismus befreit hat.

Die Waffenstillstandsbedingungen.
Genf, 2. November. Die Pariser Entente-Konferenz hat, wie Clemenceaus Presse-Bureau mitteilt, alle Waffenstillstandsbedingungen für Deutschland und Oesterreich-Ungarn festgesetzt und zugleich einen Plan entworfen, der bei etwaiger Ablehnung durchgeführt werden soll.

Die Tschechen.
Wien, 2. November. Die Tschechen haben sämtliche deutschen Eisenbahnzüge in Böhmen an der Grenze beschlagnahmt und das Wachpostenpersonal zurückgezogen. Die Lokomotiven und Waggonen wurden dagegen zurückgelassen.
Berantwortlich für die Rubrik „Aus Südbar und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Döwling, über den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellung, Verleger: Th. Schwartz, Druck: Friedrich Meyer & Co. sämtlich in Lübeck.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Reichstagswahl in Berlin I.

Der „Vorwärts“ schreibt im Anschluß an die Stichwahl in Berlin I:

Die Unabhängigen hatten, den Bruderzwist in der Sozialdemokratie zu unfühiger Selbstzerfleischung der Arbeiterklasse reizend, Stimmhaltung proklamiert und damit den Sieg Kampners von vornherein gesichert. Wie die Ergebnisse aus den einzelnen Wahlbezirken deutlich zeigen, hat jedoch ein großer Teil der unabhängigen Wähler diese unfühige Parole nicht befolgt und damit einen besseren proletarischen Klasseninstinkt bewiesen als ihre nur von Wut und Haß gegen die alte Partei bestimmte Parteileitung. Immerhin darf man nicht glauben, daß die 500 Stimmen, die am Stichwahltage mehr für Heimann abgegeben wurden als bei der Hauptwahl, reiflos mit den 500 Stimmen der Müller-Wähler identisch sind. In ihnen stecken vielmehr die Reserven, welche die Sozialdemokratie ebenso wie die Fortschrittliche Volkspartei noch aus den Reihen der Nichtwähler herausgeholt hat.

Ein Teil der Unabhängigen hat sicher die Stimmhaltungsparole befolgt. Waren sie bis zum letzten Mann für Heimann eingetreten, so hätte sich der Sieg des Hausbesitzerkandidaten Kommer wohl doch noch verhindern lassen. Herr Kampner verdammt also sein Mandat in letzter Linie der Hilfe der Unabhängigen, die sich damit ihres ersten Erfolges bei einer Reichstagswahl rühmen können: Sie haben einen klugen Aufsichtsrat in den Reichstag gebracht und damit der erhabenen Parole Geltung verschafft: Es muß alles verräumt sein!

Zur Erstwahl in Neustettin.

Aus Stettin wird dem „S. L.“ berichtet: Der bisherige Reichstagsabgeordnete von Neustettin, v. Bonin-Bahrenhufsch, der bekanntlich sein Reichs- und Landtagsmandat niedergelegt hatte, hatte dieser Tage eine Wählerversammlung nach Neustettin einberufen. In derselben erklärte er, daß, da der konservative Verein für den Wahlkreis bis jetzt zur Reichstagswahl noch keine Stellung genommen habe, er sich genötigt fühle, die Sache selbst in die Hand zu nehmen. — Hat man Herrn v. Bonin aufgegeben? Fast hat es den Anschein, denn von den konservativen Großgrundbesitzern des Kreises war nicht ein einziger zur Stelle. Von Seiten der Sozialdemokratie ist der Gewerkschaftsbeamte Karl Riedel aus Stettin als Kandidat aufgestellt worden.

Ein va-banque-Spiel.

Genosse Reichstagsabg. Heine, der in Leipzig einen Vortrag über Deutschlands Wiedergeburt hielt, machte darin einige bemerkenswerte Ausführungen: Heine hatte am Tage der Erklärung des uneingeschränkten U-Boots-Krieges ein Gespräch mit dem damaligen Staatssekretär des auswärtigen Amtes Zimmermann. Heine warnte den Staatssekretär mit den Worten: Er spiele va-banque, worauf Zimmermann erwiderte: „Verlieren wir das Spiel, so bleibt ein ehrenvoller Untergang!“ Ferner machte Heine Mitteilungen von einem Zwiegespräch, das zwischen dem jetzigen Reichskanzler Princep Mag von Baden und General Ludendorff stattgefunden hatte. Prinz Mag von Baden habe damals die deutsche Friedensoffensive vor der Waffenoffensive gefordert, sei aber damit gegen die militärische Auffassung nicht durchgebrungen.

Das deutsche Volk muß dieses va-banque-Spiel teuer bezahlen. Nur Schade, daß es sich nicht an den Personen, die eine ganze Nation aufs Spiel setzten, schadlos halten kann.

Ein etwas freierer Wind

wird jetzt auch auf dem Gebiete der Zensur und der Versammlungslebens herrschen. Der Kabinettsrat hat sich mit Zensur-

fragen beschäftigt und gelangte zu dem Entschluß, daß jordan Beschränkung in der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten nur noch innerhalb des Rahmens der jetzt als Grundlage unseres staatlichen Lebens angenommenen Verfügung gefordert werden soll. Das gilt auch für die Kaiserfrage. Die Regierung will dem deutschen Volke in weitherziger Weise das Recht zur freien Meinungsäußerung geben, damit es seine klaren Wünsche offen zu Gehör bringen kann. Demgemäß sollen auch alle öffentlichen und nicht-öffentlichen Versammlungen gestattet werden, soweit dies nicht die Interessen der Kriegführung und des Friedensschlusses und der Aufrechterhaltung der Sicherheit gefährdet.

Eine Rundgebung von Handel und Industrie.

Die „Tägliche Rundschau“ berichtet von einer Rundgebung von Handel und Industrie, die am Mittwoch in Berlin zustande gekommen ist.

Im Hotel Adlon hat eine vertrauliche Besprechung von Männern aus Kreisen von Handel und Industrie, hauptsächlich aber aus Bankkreisen, stattgefunden, die unter dem Vorsitz eines Direktors der Deutschen Bank abgehalten wurde. Sie beschäftigte sich mit der politischen Lage, und es wurde schließlich eine Entschließung gefaßt, die als Eingabe den zuständigen amtlichen Stellen übermitteln werden sollte, vielleicht auch inzwischen bereits dem Kriegsstabinspektur Kenntnis gebracht worden ist. Darin heißt es, daß sich die Teilnehmer zu den innerpolitischen Maßnahmen befehlen, die inzwischen getroffen worden sind, und daß sie geschlossen hinter der Regierung ständen. Das Wesentliche aber der Entschließung ist, daß sich in ihr die Teilnehmer von vornherein zu den Waffenstillstandsbedingungen der Entente bekennen und daß die Resolution gegen die bisherigen polemisiert, die von einer Fortsetzung des Kampfes eine Besserung unserer Lage auf Grund der tatsächlichen Verhältnisse glauben erhoffen zu können. Die Entschließung verlangt deshalb, daß baldigst alle Maßnahmen getroffen werden, die den Abschluß des Friedens erleichtern, selbst wenn er von uns Opfer erfordere.

Diese beachtungswerte Rundgebung zeigt, daß die tonangebenden Kreise von Handel und Industrie die Situation richtig erkannt haben.

Wahrheit und Maske.

Auch die kriegsbeherzigen Blätter wissen ganz genau, wie es gegenwärtig um Deutschland steht. „Deutschland gleicht einem Kämpfer, der mit der Rechten das Schwert noch führen muß, in dessen linker Seite aber eine unheilbare blutströmende Wunde kauft.“ Lesen wir in der „Kreuzzeitung“. „Es gibt nicht mehr zwei Mächtegruppen, die sich feindlich gegenübersehen, sondern nur noch eine siegreiche Weltkoalition und vier unterlegene Staaten: das Deutsche Reich, Oesterreich-Ungarn, die Türkei und Bulgarien. Die Weltkoalition gegen uns ist vollständig. Haben wir bisher gegen eine Welt von Feinden gekämpft, so sind wir jetzt geradezu von Feinden umringt.“ So wird die Kriegslage geschildert in dem Blatt der Schwerindustrie, der „Volk“. Trotzdem aber scheint sich die konservative Reichstagsfraktion nicht dem Kanzler zugunsten, er solle die feindlichen Waffenstillstandsbedingungen (die wir noch gar nicht kennen) ablehnen und zum letzten nationalen Verteidigungskrieg aufrufen, natürlich mit Wilhelm II. an der Spitze. Glauben die Westarp-Leute wirklich, daß angesichts der auch ihnen bekannten Gesamtlage dieser Rat befolgt wird? O nein! Sie wollen nur nach dem Krieg sich darauf berufen, daß sie rechtzeitig ihre Stimme gegen den bösen Frieden erhoben hätten und damit in den kommenden schweren Zeiten Propaganda treiben. Mag nur jetzt die rote Revolution kommen — nach drei Jahren haben wir die blaue Revolution, und dann sind wir wieder oben auf, lautet die Parole, die man jetzt überall in den Kreisen der konservativen Desperadopolitiker hört. Auch diese Rechnung der Herren wird nicht stimmen — wie schon so viele ihrer Kriegsrechnungen.

Das Herrenhaus übt „Treuebezeugung“.

Wenn beim Kommittee eine Forderung nichts zu tun ist, wird zur Aufrechterhaltung der Disziplin „Ehrenbezeugung“ geübt. Auch das Herrenhaus hat jetzt ruhige Tage, da vor Durchführung der Reformen den parlamentarischen Gesehensfaktoren keine wichtigen Materien mehr anvertraut werden. So konnte es sich den

Vorzus gestatten, eine ganz Sitzung mit der Einübung von „Treuebezeugung“ auszufüllen. Die Griffe klapperten gut, die Disziplin ließ nichts zu wünschen übrig und der inspizierende General Graf York v. Wartenburg, konnte beim Appell seine Befriedigung aussprechen.

Der Antrag York, in dem dem angestammten Herrscherhause die Treue der Herrenhäuser bezeugt wird, bedeutet eine Demonstration, die in diese Tage — man denke an Oesterreich — paßt, wie die Faust aufs Auge. Den trutzigen Junkern war es wohl weniger darum zu tun, dem Monarchen Treue zu erweisen, als recht deutlich die Luft darzutun, die sie von dem übrigen Volke trennt. Auf die gehaltenen Reden einzugehen, lohnt sich nicht. Die Sitzung hatte das Aussehen eines altpreussischen Familienfestes, es handelte sich jedoch um eine interne Angelegenheit gewisser Adelskreise, die also die Öffentlichkeit nicht weiter angeht. Vielleicht wird man sich der Demonstration erinnern, wenn die Frage der Abänderung der Kriegskosten abgehandelt wird. Es war mandier darunter, der hier recht Erhebliches leisten konnte. Die Wahlrechtsparade erklärte durch den Herzog zu Trachenberg, daß sie die Notwendigkeit solcher Rundgebungen nicht einsehe — wir auch nicht — aber sie konnte sich natürlich nicht enthalten. Schade, daß der uralte Landgraf von Hessen nicht mehr lebt, dessen „anarchistische“ Reden einst das herrere Entzügen der Erlauchten und Gelehrten bildeten.

Der Antrag York wurde schließlich einstimmig angenommen, worauf sich das Haus bis zum 15. November friedlich vertagte. Zu früher Stunde klang die Aktion des York von 1918 in einer kausalen Nachmittagschlummer aus.

Handgranaten gegen das Volk!

Die „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht einen ihr aus dem Reichsgeheimrat des Leipziger Garnisonkommandos, der eine genaue Dienstvorschrift für die Truppenteile bei Ausbruch von Unruhen und Krawallen enthält. Dieser Geheimbefehl dürfte nur einer aus den großen Masse sein und verdient aus diesem Grunde besondere Beachtung.

Zunächst wird angeordnet, daß der Offizier vom Ortsdienst und der Komde bei drohenden Unruhen sofort in das Garnisonkommando bestellt werden. Der Befehlshaber der bei Unruhen ausrückenden Truppen wird namentlich und ein für allemal bezeugt. Dann sollen Polizeiaufseher mit 2. Aufgebot bestellt werden, die folgende Ausrüstung mitzubringen haben:

Pistole oder Karabiner, soweit vorhanden, im üblichen Gewehr, 20 scharfe Patronen, Exzerzierangas, Brotbeutel, Gasmaske. Vom 1. Oktober bis 30. März Mantel, bei kaltem Wetter angezogen.

Die gleiche Ausrüstung soll die ausrückende Truppe haben: Davon werden 8 Hauptleute, 31 Offiziere, 680 Unteroffiziere und Mannschaften, ferner 110 Berittene und 15 Maschinengewehre mit Bedeckung bestimmt! Für die Ausrüstung der Truppen gelten folgende Bestimmungen:

Hierzu sind durchaus zuverlässige Unteroffiziere in überwiegender großer Zahl, ferner aus dem Gemeinen aus dem Kompanien, insbesondere aus dem Rekrutenausbildungspersonal und auch aus dem Geschäftszimmer zu entnehmen.

Es muß Vorsehung getroffen sein, daß sämtliche Bereitschaften jeden Tag und Nacht innerhalb einer Stunde zum Ausrücken bereit sein und daß dann der Befehl zum Ausrücken sofort ausgeführt werden kann. Die ausrückenden Mannschaften sind mit Proviant für einen Tag und mit Verbandspäcken auszurüsten. Proviant ist bereitzulegen. Bei eiligem Abmarsch ist die Verpflegung möglichst durch nachzuliegen. Bei jeder Kompanie haben ein Arzt und drei Sanitätsunteroffiziere mit Verbandzeug auszurücken.

Die den einzelnen Truppenteilen und Bereitschaften obliegenden Aufgaben müssen bis ins kleinste vorbereitet und durchgeführt werden. Jeder Unteroffizier und Mann muß wissen, wo er hingehört. Für die Ausrüstung von schweren und leichten Maschinengewehren müssen an Ort und Stelle von den damit beauftragten Truppen durch geeignete und zuverlässige Offiziere Befehlsweisungen erteilt werden. Keine Situationsänderungen aufgenommen werden und alles getan sein, damit im Ernstfall keine Verzögerung eintritt und es etwa auf fröhlichen Massen nicht gelingt, sich in den Besitz von Waffen und Munition, Maschinen, gemehrten usw. zu setzen.

Genau vorgeschrieben ist, welche Punkte sofort zu besetzen sind und wieweil Gasbomben, Stielgranaten usw. dorthin mitgenommen werden sollen!

Zum Schluß kommen genaue Anweisungen für die Soldaten hierzu:

Das deutsche Volk hat sein Schicksal in der Hand!

Noch nie ist unser Volk vor folgenschwerere Entschlüsse und Entscheidungen gestellt worden als in diesen Tagen. Noch nie hat dem Vaterlande die Hilfe jedes einzelnen mit allem, was er ist und hat, so bitter not getan. Die Macht über unser aller Wohl und Wehe ist in Wahrheit jedem einzelnen von uns anvertraut.

Macht verpflichtet —

Jetzt ist die Zeit der vaterländischen Tat! Die 9. Kriegsanleihe muß eine Volksanleihe im wahrsten Sinne des Wortes werden. Sonntag, der 3. November, sei der

Volkszeichnungstag.

Alle Zeichnungsstellen werden nach der Kirchzeit geöffnet sein.

Wer sein Vaterland und sich selbst erhalten will, der zeichne so viel er irgend kann.

Wer schon gezeichnet hat, der zeichne mehr.

